
FDP Ortsverband Oberursel

ERGEBNISSE DER UMFRAGE ZUR ERHÖHUNG DER GRUNDSTEUER B

22.06.2023

- Auf die Frage, ob sich die Oberurseler Bürgerinnen und Bürger zu der von CDU, Grünen und ULO beschlossenen Erhöhung der Grundsteuer B auf 947% ausreichend informiert fühlen, antworten 74% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ja und 26% mit nein.
- Auf die Frage, ob es richtig war die Grundsteuer B zu erhöhen antworten 74% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit nein, 18% mit ja und 8% hatten keine Meinung dazu.
- Auf die Frage, ob durch die Erhöhung der Grundsteuer B auch die Nebenkosten von Mietwohnungen steigen werden, antworten 95% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ja, 0% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit nein und 5% hatten keine Meinung dazu.
- Auf die Frage welche Alternativen es zur Erhöhung der Grundsteuer B gegeben hätte waren Mehrfachnennungen möglich: die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer befürwortet den Vorschlag die „Ausgabenseite der Stadtverwaltung zu reduzieren“. An zweiter Stelle findet sich die „Digitalisierung der Verwaltung“. Eine gleiche Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmer befürwortet den Vorschlag „neue Einnahmequellen durch Gewerbeansiedlung zu generieren“ sowie „Großprojekte wie das Gefahrenabwehrzentrum und die Rathaussanierung realistisch zu budgetieren“. Für wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist die „Erhöhung der Grundsteuer B unvermeidlich“.
- Auf die Frage, ob sich die persönliche finanzielle Belastung durch die Erhöhung der

Grundsteuer B verändert antworten 34% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ja, „wir müssen sparen“. Rund 66% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer antworten mit nein.

- Geschlecht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: 37% weiblich, 3% divers, 61% männlich.
- Altersstruktur der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: -> 13% bis 32 Jahre alt, -> 37% zwischen 33 und 58 Jahre alt, -> 50% 59 Jahre und älter.